Beschlussvorlage Rieste	Vorlage Nr.: 3111/2022		
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2019, sowie Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss und Entlastung des Bürgermeisters			
Beratungsfolge:			
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit TOP-Nr.
Verwaltungsausschuss Rieste	02.11.2022	nicht öffentlich	Vorberatung
Gemeinderat Rieste	02.11.2022	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Rieste beschließt den Jahresabschluss 2019 in der vorliegenden geprüften Fassung und erteilt dem Bürgermeister Entlastung gem. § 129 I NKomVG.

Der Fehlbetrag aus dem ordentlichen Ergebnishaushalt 2019 in Höhe von 1.533.580,74 € wird mit der aus ordentlichen Ergebnissen gebildeten Rücklage (1.821.398,73 €) verrechnet. Der Überschuss der außerordentlichen Ergebnisrechnung in Höhe von 28.105,99 € wird der außerordentlichen Rücklage zugeführt.

Gemäß § 63 Abs. 1 KomHKVO wird zur Buchung von Sammelposten die Anwendung der §§ 45 Abs. 6 und 47 Abs. 2 GemHKVO in der bis zum 31.12.2016 geltenden Fassung bis zum 31.12.2020 beschlossen.

Beteiligte Stellen:

Sachverhalt:

Gem. § 153 III NKomVG in Verbindung mit dem öffentlichen-rechtlichen Vertrag zwischen dem Landkreis und der Samtgemeinde Bersenbrück hat das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises die Prüfung des Jahresabschlusses und Bilanz des Haushaltsjahres 2019 der Gemeinde Rieste in dem Zeitraum Mai bis Juli 2022 durchgeführt. Die Prüfung erstreckte sich auf den Umfang, der nach pflichtgemäßem Ermessen und allgemeinen Erfahrungsgrundsätzen notwendig und angemessen ist, um die im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages erforderlichen Feststellungen treffen zu können (§ 155 III NKomVG).

Das Ergebnis der Prüfung wurde in einem Schlussbericht ausführlich dargestellt und darin wurden unter Ziffer 7 folgende Schlussfeststellungen getroffen:

„Der Jahresabschluss 2019 der Gemeinde Rieste ist nach den gesetzlichen Bestimmungen geprüft worden. Im Schlussbericht sind die wesentlichen Prüfungsergebnisse dargelegt.

Insgesamt ist festzustellen, dass

- der Haushaltsplan insgesamt eingehalten worden sind,*
- die einzelnen Buchungsvorgänge und Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,*
- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren wurde,*
- das Vermögen richtig nachgewiesen ist.*

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass

- der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt,*

- *die Bücher nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung ordnungsgemäß geführt wurden.*

Das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 der Gemeinde wird wie folgt zusammengefasst:

Der Jahresabschluss zum 31.12.2019, der Rechenschaftsbericht und die Buchführung der Gemeinde

- *entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften.*
- *die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität werden im Jahresabschluss entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen dargestellt.*
- *bei den Erträgen und Aufwendungen sowie den Einzahlungen und Auszahlungen wurde nach der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren.*

Gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG beschließt der Rat über den Jahresabschluss und die Entlastung des Bürgermeisters.

Aus Sicht des Rechnungsprüfungsamtes stehen die in diesem Schlussbericht dargelegten Prüfungsergebnisse einer Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2019 sowie einer Entlastung nicht entgegen.“

Auf Grundlage dieser Schlussfeststellung kann der Jahresabschluss und die Bilanz des Jahres 2019 beschlossen und dem Bürgermeister Entlastung erteilt werden.

Der ordentliche Ergebnishaushalt 2019 schloss mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1.533.580,74 € ab. Dieser Fehlbetrag wird gemäß § 24 KomHKVO mit der aus ordentlichen Ergebnissen gebildeten Rücklage in Höhe von 1.821.398,73 € verrechnet.

Der Rücklagenbestand aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses beläuft sich damit 2019 auf insgesamt 287.817,99 €. (*Rücklagen-Überschuss 31.12.2018: 1.821.398,73 € - 1.533.580,74 €*).

Der außerordentliche Ergebnishaushalt schloss mit einem Überschuss in Höhe von

28.105,99 € ab und ist der aus außerordentlichen Ergebnissen gebildeten Rücklage zuzuführen, so dass die Rücklage 2019 insgesamt 1.053.778,90 € beträgt (*Rücklagen-Überschuss 31.12.2018: 1.025.672,91 € + 28.105,99 €*).

Der Rücklagenbestand der aus ordentlichen und außerordentlichen Ergebnissen gebildeten Rücklage beläuft sich damit insgesamt auf 1.341.596,89 €.

Mit dem Inkrafttreten der Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung (KomHKVO) zum 01.01.2017 wurde die bis dahin geltende Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO) ersetzt. Eine wesentliche Änderung der neuen Verordnung war die Abschaffung der Sammelposten nach § 47 Abs. 2 GemHKVO. Gemäß dieser Vorschrift wurden für Vermögensgegenstände, die beweglich, abnutzbar und selbständig nutzbar waren und deren Einzelwert ohne Umsatzsteuer zwischen 150 € und 1.000 € lag, jährlich Sammelposten gebildet und diese über 5 Jahre abgeschrieben. Es handelte sich somit um investive Anschaffungen. Durch die Abschaffung dieser Regelung waren mit Inkrafttreten der KomHKVO diese Vermögensgegenstände nicht mehr als investive Anschaffungen zu buchen, sondern als geringwertige Vermögensgegenstände und damit im Anschaffungsjahr als Aufwand im Ergebnishaushalt. Jedoch gab es gemäß § 63 Abs. 1 KomHKVO die Möglichkeit für eine Übergangszeit bis längstens Ende 2020, die bisherigen Regelungen zur Buchung der Sammelposten weiterhin anzuwenden. Hierzu war ein entsprechender Ratsbeschluss erforderlich. Bei der Rechnungsprüfung durch das RPA wurde festgestellt, dass dieser Beschluss für die weitere Anwendung der §§ 45 Abs. 6 und 47 Abs. 2 GemHKVO bislang nicht gefasst wurde.

Da in der Haushaltsplanung und in der Buchung der Jahresabschlüsse die bisherige Regelung bis Ende 2020 angewendet wurde, ist der entsprechende Ratsbeschluss noch nachzuholen.

gez. Plottke
allgemeiner Verwaltungsvertreter